



- Unternehmerverband Berlin e.V.
Präsident: Rüdiger Lorch
- Unternehmerverband Brandenburg-Berlin e.V.
Präsident: Dr. Burkhardt Greiff
- Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.
Präsident: Matthias Kunze
- Unternehmerverband Rostock-Mittleres Mecklenburg e.V.
Präsident: Frank Oestreich
- Unternehmerverband Sachsen e.V.
Präsident: Dietrich Enk
- Unternehmerverband Sachsen-Anhalt e.V.
Präsident: Jürgen Sperlich
- Unternehmerverband Thüringen e.V.
Präsident: Axel Metzner
- Unternehmerverband Vorpommern e.V.
Präsident: Gerold Jürgens

Pressemitteilung - 14. April 2026

Berlin – wir haben ein Problem: Spritpreise außer Kontrolle

Die anhaltend hohen Spritpreise entwickeln sich für viele Unternehmen und Beschäftigte zu einer immer größeren Belastung. Die Interessengemeinschaft Ostdeutscher Unternehmerverbände kritisiert die Bundesregierung deshalb mit aller Deutlichkeit:

Während Betriebe, Beschäftigte und Familien unter immer weiter steigenden Kosten leiden, bleibt aus Berlin erneut nur Untätigkeit, Schönfärberei und politische Hilflosigkeit. Tausende Insolvenzen drohen.

Präsident Matthias Kunze vom Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin:
„Besonders betroffen sind kleine und mittlere Unternehmen, Handwerksbetriebe, Transportunternehmen, Pflegedienste und all jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jeden Tag auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, um überhaupt ihrer Arbeit nachgehen zu können. Die wirtschaftlichen Warnsignale sind unübersehbar. Die Insolvenzen erreichen erneut Höchststände und die Zahl der Firmenabmeldungen liegt noch darüber. Wir hören hierzu tagtäglich besorgniserregende Berichte aus der Unternehmerschaft. Das ist ein alarmierendes Zeichen für den Zustand unseres Wirtschaftsstandortes.“

Wer die Leistungsträger Deutschlands immer weiter mit steigenden Kosten belastet, gefährdet nicht nur einzelne Unternehmen, sondern Wertschöpfung, Versorgung, Arbeitsplätze und die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität ganzer Regionen.

Statt endlich wirksame Entlastungen auf den Weg zu bringen, schaut die Bundesregierung dem Preisdruck tatenlos zu. Kleine und mittlere Unternehmen stehen seit Monaten unter massivem Druck. Ihnen fehlen Aufträge und damit die Einnahmen. Die Belastungen steigen weiter oder verharren auf einem Niveau, das für viele Betriebe nicht mehr tragbar ist.

Versprochene Effekte aus den enormen Sonderschulden des Bundes lassen zudem auf sich warten. Um die Wirtschaft zu stützen, läuft jedoch die Zeit davon.

Besonders hart trifft es jene, die keine Ausweichmöglichkeiten haben: Handwerksbetriebe, die täglich zu ihren Kunden fahren müssen. Pflegedienste, die auf dem Land eine unverzichtbare Versorgung sicherstellen. Transport- und Logistikunternehmen, die Waren und Materialien bewegen. Und nicht zuletzt tausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die morgens ins Auto steigen müssen, um überhaupt ihren Arbeitsplatz zu erreichen. **Sie alle werden von der Bundesregierung mit ihren Problemen allein gelassen.** Die Folgen sind längst sichtbar. Immer mehr Unternehmen kämpfen schlicht ums Überleben. In der ohnehin angespannten Lage werden die überhöhten Spritpreise zu einer existenziellen Bedrohung.

Es ist nicht länger akzeptabel, dass die Bundesregierung dieser Entwicklung nichts Wirksames entgegensetzt. Wer ständig über Transformation, Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftssicherung spricht, darf die akuten Sorgen der Betriebe nicht ignorieren.

Dr. Burkhardt Greiff, Sprecher der Interessengemeinschaft Ostdeutscher Unternehmerverbände fordert die Bundesregierung auf, endlich entschlossener zu handeln und spürbare Entlastungen auf den Weg zu bringen. Nach Jahren der Krise und ohne Wirtschaftswachstum sind befristete Tankrabatte und Prämien nur kosmetische Anpassungen. Wir fordern endlich tiefgreifende Reformen auf den Weg zu bringen. Milliardenschulden mittels Sondervermögen lösen keine Probleme, sie schaffen neue.

Dr. Burkhardt Greiff
Sprecher der Interessengemeinschaft der
Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin